

21. September 2016 Nr. 109 10. Jahrgang



Vor 15 Jahren, am 1. September 2001, eröffnete das Hotel Regenbogenhaus in der Freiburger Brückenstraße 5 seine Pforten. Man kann es mit Fug und Recht als „Nachwende-Lebenswerk“ der Eheleute Dr. Ruth Kretzer-Braun und Dr. Johannes Kretzer bezeichnen. Ruth Kretzer-Braun ist Vorsitzende des Vereins Regenbogenhaus Freiberg e.V., Johannes Kretzer der Geschäftsführer.

Am Sonntag, dem 11. September, hatte der Verein aus Anlass dieses Jubiläums Gäste zu einem Tag der offenen Tür eingeladen - vor allem behinderte Menschen, die im Regenbogenhaus ihre Berufsausbildung erhielten und erfolgreich vor allem im Gaststätten- und Hotelgewerbe vermittelt werden konnten. Unsere Aufnahme entstand an diesem Tag. Auf dem Bild von rechts Stefan Peuckert aus Flöha mit seiner Mutter; Ruth Kretzer-Braun; Gabriele Pfeil, Abteilungsleiterin Soziales in der Stadtverwaltung Freiberg, und Johannes Kretzer.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. dokumentiert:

DIE LINKE auf dem Weg zur Bundestagswahl 2017

2. vorgestellt:

Die neue LEADER-Förderperiode der EU für den ländlichen Raum 2014 - 2020

3. beschrieben:

Der Weg der LINKEN zu einem alternativen Landesentwicklungskonzept

- 2 editorial & redaktion aktuell
- 3 kolumne & regenbogenhaus freiberg
- 4 **titelthema 1: die linke mit blick auf die bundestagswahl 2017**
- 5 ortsverband döbeln & aktion perspektivwechsel
- 6/7 **titelthema 2: neue förderperiode der ländlichen entwicklung**
- 8 **titelthema 3: auf dem weg zu aleksa 2030**
- 9 die seite der linken jugend mittelsachsen
- 10 serie zur politischen bildung: beitrag -14-
- 11 kreisvorstand aktuell & glückwünsche & jahrestage
- 12 termine & trauer & islam-veranstaltung

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 19. Oktober 2016. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 12. Oktober. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Robert Linke, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

der Herbst steigt auf die Leiter und brachte gleich zum Auftakt ein ernüchterndes Wahlergebnis für die „etablierten“ Parteien, besonders bitter für DIE LINKE. Jetzt hoffen wir auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin (nach Redaktionsschluss). Bereits in das Blickfeld rücken die Bundestagswahlen im kommenden Jahr - und nicht zu vergessen - der 10. Jahrestag der LINKEN, hervorgegangen aus PDS und WASG. DIE LINKE im Bund, Land und Kreis richtet die Aufmerksamkeit mehr und mehr auf dies Höhepunkte aus Wir berichten im Titelthema -1- ausführlich darüber.

Der mittelsächsische Kreistag kommt in diesem Jahr noch am 19. Oktober und am 14. Dezember zu Sitzungen zusammen. Über die dort beratenen Schwerpunkte aus der Sicht der LINKSfraktion berichten wir in unseren nächsten Ausgaben. Das heutige Titelthema -2- ist der Förderperiode der Jahre 2014 bis 2020 der Europäischen Union für den ländlichen Raum gewidmet. Die Projekte werden innerhalb der so genannten „Leader-Gebiete“ organisiert.

Ein Schwerpunkt im sächsischen Landesverband der LINKEN werden in den kommenden Monaten Aktionen und Diskussion zu Aleksa 2030 (dem alternativen Landesentwicklungskonzept der LINKEN für den Freistaat Sachsen bis in das Jahr 2030) sein. Über einen wichtigen Bestandteil, die Regionaltouren von Landesvorstandsmitgliedern und Landtagsabgeordneten u.a. auch in den Landkres Mittelsachsen, haben wir in den vergangenen Ausgaben der LinksWorte bereits ausführlich berichtet. In diesem Heft gehen wir in unserem dritten Titelthema auf die anstehenden Schwerpunkte ein.

Gemeinsam mit unseren Redaktionsmitgliedern Reik Kneisel und Robert Sobolewski nehmen wir erneut Anlauf, um die Linksjugend in unserer Zeitung gebührend zu Wort kommen zu lassen. Heute mit zwei streitbaren Artikeln von jungen LINKEN aus Freiberg. Wie bereits im August-Heft angekündigt, nehmen wir Anlauf, über unsere Serie zur politischen Bildung und Information hinaus im Kreis Interessierter ein lockeres Diskussionsforum zu den brennenden politischen Fragen unserer Gegenwart zu schaffen. Allerdings gibt es noch Diskussionsbedarf, wie auch der nebenstehend Artikel aus der Redaktion verdeutlicht.

Der heutige Beitrag in unserer Serie zur politischen Bildung und Information ist dem historischen Gebrauch des Begriffs „demokratischer Sozialismus“ gewidmet, nicht erst heute ein „heißes Thema“.

Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir - wie allmonatlich - eine interessante und anregende Lektüre.

sind politisches wissen und politische bildung das gleiche?

von unserem Redaktionsmitglied
Michael Matthes

So ist es eben manchmal. Alles klar! Die Aktion zur Politischen Bildung kann starten, wie in der August-Ausgabe angekündigt. Und dann stellt man fest, die Meinung der Beteiligten differiert, und man muss sich vor dem Start nochmals zusammensetzen. Meine „kleine Differenz“ würde ich dazu zwecks Meinungsbildung gern zum Besten geben.

Mir wurde im Laufe meiner Bildungsreise - Schulanfang 1949, Studierende 1967 und bis 1989 Pflichtteilnehmer am Parteilehrjahr - beigebracht, dass sich die menschliche Gesellschaft nach vom Bewusstsein des einzelnen Menschen unabhängigen und damit objektiven Regeln und Gesetzen entwickelt. Und dies nicht nur in der Vergangenheit sondern auch in der Zukunft. Mithin ist die Wissenschaft von der Gesellschaft eben eine Wissenschaft wie andere Wissenschaften z.B. die von der Natur auch. Auch wenn Marx und Lenin außerordentliche Beiträge zum Erkenntnisstand der Gesellschaftswissenschaft geleistet haben, ist diese Wissenschaft nicht marxistisch oder leninistisch. So wie es keine Einsteinsche Physik oder keine Darwinsche Biologie gibt. Marxistisch-leninistisch sind allenfalls philosophische Studien dazu.

Die ersten taumelnden Schritte in Richtung einer gesellschaftlichen Veränderung und besonders das Ende im Jahre 1989 scheinen nahezuzeigen, mit dem wissenschaftlichen Sozialismus kann etwas nicht zu stimmen. Ich meine, die Führung des Landes hatte ihn verlassen. Allerdings bleibt auch dann eine Wissenschaft eine Wissenschaft, wenn ihr Erkenntnisstand nicht ausreichend die Wirklichkeit wiedergibt. So glaubten die Astronomen lange, die Erde sei eine Scheibe und die Sonne kreise um die Erde.

In meinen beiden, mir erhalten gebliebenen GeWi-Lehrbüchern „Dialektischer und historischer Materialismus“ und „Die politische Ökonomie des Kapitalismus“ - immerhin Ausgaben aus den 1960er Jahren ist manches gravierend korrekturbedürftig, jedoch in den Grundlagen immer noch stimmig. Ich meine nun, dass ein Konstrukteur keine Brücke entwerfen kann, wenn er nicht die Gesetze und Regeln der Statik beherrscht. Ebenso meine ich, dass sich die menschliche Gesellschaft nicht verändern lässt, wenn die Gesetze und Regeln der gesellschaftlichen Entwicklung nicht verstanden sind und dass einer auf den gesellschaftlichen Fortschritt zielenden Partei die Erfolge versagt bleiben werden, wenn ihre Führung und ihre Mitgliedschaft diese Wissenschaft nicht schöpferisch anwenden kann. Dies ist mein Ansatz für die Notwendigkeit von gesellschaftswissenschaftlicher Bildung.

die eltern des freiberger regenbogenhauses

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag

Die Diskussionen um die Zuwanderung hat es offenbart. Es herrscht Begriffs- und demzufolge inhaltliche Verwirrung. Wenn ich in den Medien von „Deutschtürken“ lese oder höre, frage ich mich, wer da gemeint sein könnte. Liest man in seinem Lehrbuch, das viele nicht mehr haben oder noch nie hatten, so findet man, dass die Nation als Gemeinschaft auf der Grundlage ökonomischer (z.B. eines großen inneren Marktes), sozialer und kultureller Beziehungen, lebend auf einem bestimmten Territorium und verbunden durch eine gemeinsame Sprache verstanden wird. Leben Teile einer Nation außerhalb ihres Territoriums, gelten diese dort als nationale Minderheit. Das trifft auf die in Schleswig-Holstein lebenden Dänen zu, und auch auf die in Deutschland lebenden Türken. Dass hierbei keine scharfen Grenzen zu ziehen sind, wird offensichtlich, wenn Kinder türkischer Eltern in Deutschland geboren werden und die Bindung zu ihrer Abstammungsnation verloren geht. Genauso fransen die nationalen Ränder aus, wenn gemischte Ehen eingegangen werden.

Nun zu den „Deutschtürken“. Man lebt in einem Nationalstaat z.B. der Bundesrepublik Deutschland. Ist man dort als Kind deutscher Eltern geboren, wird man Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland und genießt die verfassungsmäßigen Rechte. Angehörige nationaler Minderheiten haben ebenfalls die deutsche Staatsbürgerschaft. Zugewanderte Angehörige anderer Nationen können auf gesetzlich geregelter Weg die BRD-Staatsbürgerschaft erwerben. Ansonsten brauchen sie einen Aufenthaltstitel, z.B. eine Visum. Somit ist der mediale „Deutschtürke“ ein deutscher Staatsbürger türkischer Nationalität. Vielleicht befindet er sich auch in einem Stadium des Übergangs von einer Nation zur anderen. Diesen Übergang haben Hugenotten und Polen, eingewandert im vorigen Jahrhundert, bereits hinter sich. Zu erkennen in den Namen z.B. des FDP-Politikers Kubicki und der Tennisspielerin Lisicki, die eigentlich Kubizki und Lisizki ausgesprochen werden müssten.

Wer den Status eines Flüchtlings hat, ist in der Genfer Flüchtlingskonvention geregelt. Ein Flüchtling genießt den Schutz eines Staates, in dem er sich aufhält, vor den Gefahren, die ihn zur Flucht veranlassen haben. Viel mehr nicht. Ein Flüchtling ist nach dieser Konvention zu einem gewissen „Wohlverhalten“ gegenüber seinem Aufnahmestaat verpflichtet. Insofern hat Sahra Wagenknecht genau diese Rechtslage im Auge, wenn sie vom „Gastrecht“ der Flüchtlinge spricht. (mm)

Es hieße Eulen nach Athen zu tragen, wenn wir an dieser Stelle nochmals ausführlich auf das Projekt „Regenbogenhaus“ und in diesem Zusammenhang seine Eltern, das Ehepaar **Ruth und Hannes Kretzer** eingehen würden. Im Oktober 2007 stellten wir die Verdienste der Kretzers in der Nummer -2- der (damals noch) „Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte“ ausführlich vor. Damals war vor genau zehn Jahren - im Jahr 1997 - der Verein „Regenbogenhaus Freiberg e.V.“ aus der Taufe gehoben worden, unter dessen Regie im Gebäude Brückenstraße 5 das gleichnamige Hotel entstand,

welches am 1. September 2001 seinen Betrieb aufnehmen konnte. Für die Oktoberausgabe des Jahres 2011 schrieb unser Redaktionsmitglied **Michael Matthes** unter der Überschrift „Zehn Jahre Regenbogenhaus in Freiberg“ eine zu Herzen gehende Reportage. Er erzählte von der Bilanz eines Integrationsunternehmens, welches in Deutschland einmalig sein dürfte und behinderten Menschen einen Platz in unserer Mitte einräumt. Seitdem sind wieder fünf Jahre ins Land gegangen - weitere fünf erfolgreiche Jahre für das „Regenbogenhaus“ - und die Kretzers machen weiter.



Am 11. September lud der Verein „Regenbogenhaus“ zum Tag der offenen Tür (siehe dazu auch unsere Titelseite). Während im Hauptgebäude der normale Hotelbetrieb vonstatten ging, erwarteten die Vereinsmitglieder ihre zahlreichen Gäste im Nebengebäude. Für geistreiche Unterhaltung sorgte der Künstler **Matthias Brade**, der vielen durch die Verkörperung des sächsischen Kurfürsten August, des Namensgebers der Augustusburg, der „Krone des Erzgebirges“, bekannt sein

dürfte. Die Botschaft des Tages: Beide machen sie weiter. Ruth Kretzer-Braun als ehrenamtliche Vereinsvorsitzende des Regenbogenhaus e.V. Freiberg, Johannes Kretzer als ehrenamtlicher Geschäftsführer der Betreibergesellschaft des Hotels. „Kürzlich wurde ich von der Mitgliederversammlung des alleinigen Gesellschafters, des Vereins Regenbogenhaus, für das Jahr 2017 erneut zum Geschäftsführer bestellt“, so Hannes Kretzer am Rande des Tages der offenen Tür. (hw)



Ehrungen allerseits

Unsere nebenstehende Reproduktion zeigt die Verleihung des Bürgerpreises der Stadt Freiberg im Jahre 2009 an das Ehepaar Kretzer - mit Oberbürgermeister und Bergstadtkönigin. Bereits 2008 erfolgte die Auszeichnung als „Sachsen-Asse“. Sehen kann man im Eingangsbereich des Regenbogenhauses auch Ehrenurkunden, u.a. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen und der Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe.

die linke macht sich auf den weg zur bundestagswahl 2017

Wir steuern auf die Bundestagswahlen im kommenden Jahr zu. Bundes- und Landesvorstand der LINKEN haben die Zeitschienen beschlossen. Richtig los geht es im Januar. Auch der Kreisvorstand der mittelsächsischen LINKEN hat schon erste Festlegungen getroffen (siehe dazu auf Seite -11-).

Wir berichten heute über eine **Konferenz des Landesvorstandes zum Thema „Was zu tun ist?“**, die am 27. August stattfand und an der u.a. unser Redaktionsmitglied **Ruth Fritzsche** teilnahm. **Marika Tändler-Walenta**, Mitglied des Bundesvorstandes der LINKEN und ebenfalls in unserer Redaktion, informiert über die Beratungen des Bundesvorstandes am 4. und 5. Sep-

von Ruth Fritzsche

Der Landesvorsitzende **Rico Gebhardt** gab eingangs eine kurze Erläuterung zum Anliegen. Der Landesvorstand will von den Mitgliedern wissen, was ihnen in Zukunft als wichtig erscheint, um zu erfahren, wo die Linke steht und wo sie hin will.

Das Anliegen des Landesverbandes war es, dass ausgehend von den schmerzlichen Wahlniederlagen, besonders in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016 sich innerparteilich verständliche Sorge, teilweise auch Ängste, breit machten und nun großer Redebedarf besteht. Diese Konferenz sei als Auftakt für eine weitere Runde in der Strategiedebatte in unserem Landesverband zu verstehen.

Demzufolge sah der Ablauf folgende Schwerpunkte vor:

Eine Podiumsdiskussion, die durch einen umfassenden Beitrag des Chefredakteurs des ND, **Tom Strohschneider**, eingeleitet wurde. Danach fand eine offene Debatte zwischen Saal und Podium statt und es gab dann Zeit für Fragen aller Art.

Am Nachmittag teilten sich die anwesenden Genossinnen und Genossen in Arbeitsgruppen auf, die sich mit folgenden Inhalten beschäftigten.

1. Es ging um die Tätigkeit der Partei im ländlichen Raum,
2. Gestaltungspartei oder Gesinnungspartei,

3. innerparteiliche Verfasstheit – Zerfleischung oder Miteinander?

Tom Strohschneider sprach insgesamt zu den gegenwärtigen Problemen der Linken, welche nicht nur auf Sachsen bezogen waren. Er ging mit der Arbeit der Linken kritisch ins Gericht. In seinen Ausführungen bezog er sich auf solche Fragen. Wie u.a.: Die LINKE könnte besser sein, aber sie muss es vor allem auch wollen. Die Sorgen der Menschen müssen ernst genommen werden, ja aber dann die Sorgen aller Menschen, nicht nur diejenigen, die sich wegen der Flüchtlingskrise sorgen. Man schafft es nicht, die Menschen, die AfD wählen, in einem Wahlkampf zur Vernunft zu bringen. Die LINKE könnte mit etwas punkten, was die anderen noch nicht machen, mit einer neuen politischen Kultur. Die Ansprache und das Auftreten sind wichtig. Sie sollte mehr Mut haben in ihrem Auftreten, mehr Lust und Offenheit. Die Menschen brauchen eine Veränderungsperspektive, die realistisch und glaubwürdig ist. Die LINKE ist nicht nur eine Parlamentspartei, sie muss aus sich herauskommen. Tom Strohschneider hatte noch viele Hinweise parat. Der Wortlaut des Referates liegt uns vor.

In der anschließenden offenen Debatte kamen Genossinnen und Genossen zu Wort, die - ohne in Schuldzuweisungen zu verfallen - ihre Gedanken zur Verbesserung der Arbeit der LINKEN in Sachsen äußerten, dass an der gegenwärtigen Misere das politische System die Schuld trägt. Im Hinblick auf die Partei wurde zum z.B. Ausdruck gebracht, dass die soziale Zusammensetzung der Partei erhalten bleiben muss.

Die Arbeitsgruppen nahmen am Nachmittag ihre Arbeit auf. Aus dem Kreis Mittelsachsen waren fünf Genossinnen und Genossen vertreten. Wir teilen uns in die Arbeitsgruppen auf. Ich selbst beteiligte mich an der **Arbeitsgruppe ländlicher Raum**, der in unserem Flächenkreis keine unwichtige Rolle spielt. Im ländlichen Raum kommt es auf kommunales Handeln an, dabei spielen unsere Kommunalpolitiker, die linken Gemeinderäte eine bedeutende Rolle. Dabei ist unser Einfluss auf die Daseinsfürsorge von Bedeutung. Es ist Einfluss auf die Mobilität im ländlichen Raum zu nehmen. Insgesamt

müssen wir mehr im ländlichen Raum wirksam werden, um ein weiteres Abbrechen zu verhindern bzw. einzuschränken.

Ich beteiligte mich am Workshop „Gestaltungspartei oder Gesinnungspartei?“ Die Teilnehmer*innen waren sich einig darin, dass wir beides sein müssen. In der Diskussion ging es vor allem darum, was wir besser machen können. Keine/r der Teilnehmenden lehnte den Gestaltungsanspruch ab. Folgende Forderungen wurden festgehalten:

- Der Spagat zwischen beiden Ansprüchen sollte besser gelebt werden, also auch besser für unser Anliegen genutzt werden.
- Beide Ansprüche sind besser zusammenzubinden. Ein gegeneinander stellen beider Ansprüche ist eher schädigend.
- Wir brauchen eine innerparteiliche Kultur. Die nicht nur gegeneinander stellt, sondern die Verbindung sucht und dann auch lebt.
- Im Workshop „innerparteiliche Verfasstheit – Miteinander oder Zerfleischung“ an der von uns 2 Mitglieder teilnahmen. Im Umgang miteinander ging es u.a. darum
- Persönliche Kommunikation innerhalb und außerhalb der Partei ist wichtig
- Politische Verständigung und Bildung auf allen Ebenen organisieren,
- Konflikte nicht personalisieren, respektvoller Umgang/Verständnis mit- und füreinander sind die Grundlagen für die Kultur der Auseinandersetzung.

Es muss ein gemeinsames Ziel geben. Den Grund der eigenen Parteimitgliedschaft sich selbst immer wieder klarmachen. Sie sollte nicht von der Mitgliedschaft/nicht Mitgliedschaft anderer Menschen abhängig sein.

von Marika Tändler-Walenta

Am 04. und 05. September 2015 tagte der Parteivorstand in Berlin. Im Fokus stand dabei selbstverständlich der Wahlausgang in Mecklenburg-Vorpommern. Zunächst aber gaben uns die Parteivorsitzenden unter der

Topik ‚Aktuelles‘ einen Überblick auf gegenwärtig Themen. Das zwischenzeitliche „Aus“ der **Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP** wurde begrüßt, allerdings auch darauf hingewiesen, dass die SPD weiterhin an CETA festhält und dies auch im geschäftsführenden Parteivorstand der SPD so am 05.09.2016 mit lediglich einer Gegenstimme bestätigt wurde. Dennoch sollte an dieser Stelle erwähnt werden, dass wir auch innerhalb der SPD nach wie vor starke Bündnispartner haben.

Zur **Situation in der Türkei** und vor allem zur Situation der Kurdinnen und Kurden sprach Bernd Rixinger, der zuvor auf der Großkundgebung als Einziger politischer Vertreter sprechen durfte. Seiner persönlichen Einschätzung nach haben an dieser Kundgebung wesentlich mehr Menschen, als die angegeben 30.000 teilgenommen. Die Annahme liegt zudem nahe, dass die Türkei mit Zustimmung der USA aber auch von Russland in das Gebiet der Kurden einmarschiert ist und diese bekämpfen. Unsere drei wesentlichen Forderungen in diesem Zusammenhang lauten: Militär zurückziehen, Beitrittsverhandlungen und den schmutzigen Deal mit der Türkei stoppen.

Wir wurden auch über den Stand der **Kampagne** informiert, die gegenwärtig den Fokus auf den **Pflegebereich** legt. Unsere Forderung lautet: 100.000 Pflegekräfte mehr!

Im Bereich **Mitgliederentwicklung** haben wir erneut Zahlen vorgelegt bekommen. Insgesamt haben wir zum 30.06.2016 eine Mitgliederzahl von 58.549. Das Durchschnittsalter lag bei 58,7 Jahren, der Frauenanteil unverändert bei 37,1%. Neue Mitglieder konnten im 2. Quartal 2016 insgesamt 1.285 gewonnen werden, die Zahl der Abgänge belief sich im 2. Quartal 2016 insgesamt auf 1.582. Die meisten aktiven Austritte gab es dabei in NRW (123), Sachsen (69) und Brandenburg (56).

Der Montag galt der **Auswertung der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern**.

(Anmerkung der Redaktion: Dazu liegt uns ein weiterer Bericht von Marika Tändler-Walenta vor, den wir aus Platzgründen leider nicht veröffentlichen können. Er kann von den Ortsverbänden bei ihr bzw. bei der Redaktion angefordert werden.)

ortsverband döbeln bündelt die kräfte mit roßwein

von Volkmar Richter

Am 27.08.2016 hat der Ortsverband DIE LINKE Döbeln und Umgebung seine Mitgliederversammlung u.a. zur Wahl des neuen Vorstandes im Versammlungsraum des Frauenzentrums Regnbogen in Döbeln durchgeführt.

Teilgenommen haben über 20 Genossinnen und Genossen, darunter auch sechs Mitglieder aus Roßwein.

Neben den üblichen Wahlformalitäten wurde von Genn. Saupe der Rechenschaftsbericht des Ortsverbandes

neuesten Informationen aus dem Bundesvorstand und vom Kreisvorstand übermittelt.

Genosse Kay Hanisch hatte zwei Anträge, die vom Ortsvorstand unterstützt wurden, an die Mitgliederversammlung zur Abstimmung gegeben.

Es handelt sich hierbei um den Beschluss, die Fraktion der LINKEN im Stadtrat von Döbeln aufzufordern, erneut den Antrag in den Stadtrat einzubringen, das Quorum zur Initiierung eines Bürgerbegehrens von 10 % auf 5 % abzusenken.

Der Antrag wurde mit 11 von 15 Stim-



Blick vom Döbelner Obermarkt zur Stadtkirche St. Nikolai. Links im Bild der Schlegelbrunnen, den ein Döbelner Privatmann der Stadt stiftete. Er wurde - gemeinsam mit dem Rathaus - am 14. Oktober 1912 eingeweiht.

verlesen.

In den neuen Vorstand wurden neun Genossinnen und Genossen gewählt.

Neben den bewährten Vorstandsmitgliedern, wie **Kerstin Saupe, Manfred Nestler, Hella Kutzke, Alexandra Wolf, Rolf Zelsmann** und **Volkmar Richter** wurden neu **Jana Ratke** und **Peter Pöschmann** gewählt.

Weitere Themen zur Mitgliederversammlung waren ein Bericht vom Bundesparteitag durch **Kay Hanisch**, vom Landesparteitag durch **Rolf Zelsmann**, aus der Stadtratsfraktion Döbeln durch **Lothar Schmidt** sowie von der Kreistagsfraktion von **Peter Krause**.

Marika Tändler-Walenta hat uns die

men angenommen.

Der zweite Antrag bezieht sich auf den „demokratischen“ Umgang der Genossinnen und Genossen unserer Parteispitze untereinander und hier insbesondere mit Sarah Wagenknecht zur Flüchtlingsthematik. Der Antrag wird gesondert den „LinksWorten“ zugesandt.

Die Roßweiner Genossinnen und Genossen wurden mit eingeladen, weil wir einen Zusammenschluss beider Ortsvereine planen, um unsere Schlagkraft zu stärken.

Danach wurden noch allgemeine politische Tagesthemen diskutiert.

Abschließend können wir sagen, dass die Mitgliederversammlung eine gelungene Veranstaltung war.

perspektivwechsel bei den kastanienzweigen...

von Kerstin Ufer

Mit Grubenhelm, Arschleder und jeder Menge Mineralen zum Anfassen, Untersuchen und Bestaunen im Gepäck, besuchte die Freiberger Landtagsabgeordnete der LINKEN **Dr. Jana Pinka** am 29. August die Igelgruppe der Kita „Kastanienzweige“ in Kleinwaltersdorf. Seit 2009 ist die Volkssolidarität Regionalverband Freiberg e. V. Träger der Kleinwaltersdorfer Kinder-einrichtung. 2014 konnte das neue Domizil in Ortszentrum bezogen werden.

gen einen Vormittag zum Thema „Der Bergbau in unserer Region“. Die studierte Mineralogin zeigte anhand von mitgebrachten Steinen und Büchern, wie sich z. B. ein Rauchquarz von einem Turmalin unterscheidet oder woran man Dolomit und Bergkristall erkennt. Die Kinder hörten sehr interessiert zu, konnten aber auch selbst aktiv werden. So staunten sie über die Struktur der Minerale, wenn man diese durch die Lupe betrachtet und bewiesen ihre Pfliffigkeit beim Steine-Memory. Jana Pinka informierte sich über den Alltag in der Kita und die Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen. Zum Abschluss schenkte sie der Kita eine Tafel, auf der der Freiberger Bergbau, die einheimischen



Durch die Lupe betrachtet sehen die Steine ganz anders aus. Jana Pinka erklärte den Kleinwaltersdorfer Igelkindern, wie die Minerale heißen, wie Freiberg zu seinem Namen kam und wie schwer die Bergleute im Bergwerk arbeiten mussten.

Foto: Kerstin Ufer

Im Rahmen der Aktion „Perspektivwechsel“, zu der die Liga der Freien Wohlfahrtspflege alljährlich aufruft, gestaltete die Landespolitikerin gemeinsam mit den Vier- bis Sechsjähri-

Minerale sowie die Freiberger Bergparade erklärt werden. Jedes Kind durfte sich anschließend einen Amethyst oder Bergkristall aussuchen und als Erinnerung mit nach Hause nehmen.

...und im wohnheim junger flüchtlinge in rochlitz



F a l k Neubert, Kreisvorsitzender der LINKEN und Landtagsabgeordneter, entschied sich im Rahmen

der Aktion „Perspektivwechsel“ für ein Wohnheim für geflüchtete minderjährige Jugendliche in Rochlitz, um ein Ge-

fühl für deren Lebenssituation vor Ort zu bekommen. In dem Wohnheim leben zur Zeit neun minderjährige Jugendliche im Alter von 14-17 Jahren. Sie kommen aus Afghanistan und Somalia. Es ist sehr wichtig, dass die Jugendlichen hier zu Beginn in ihrem Alltag begleitet werden. Sie gehen zur Schule, erhalten Unterstützung bei ihren Hausaufgaben und lernen eigenständig zurecht zu kommen. „Es war sehr spannend und beeindruckend, welche Arbeit die Helfer_innen und Unterstützer_innen in der Unterkunft leisten“, sagt Falk Neubert.

verspäteter start in eine neue förderperiode der eu für die ländliche entwicklung

von unserem Redaktionsmitglied Sabine Lauterbach

In der Oktober-Ausgabe des vergangenen Jahres berichteten wir bereits einmal über den verhaltenen Start der neuen Förderperiode unter dem Begriff „LEADER“ (Begriffserklärungen siehe im untenstehenden Kasten) der Europäischen Union für den ländlichen Raum in den Jahren 2014 bis 2020. Die vorhergehende Förderperiode lief von 2007 bis 2013. Im ersten Jahr der Förderung hat sich auf dem Gebiet der LEADER-Förderung nichts getan. Erst am 30. April 2015 erhielten die sächsischen LEADER-Gebiete die Genehmigung für die von ihnen erarbeiteten Entwicklungsstrategien. Dann fanden zum Ende des vergangenen Jahres die Auftaktveranstaltungen in den einzelnen LEADER-Fördergebieten und die ersten Aufrufe konnten erfolgen.

Somit kann man sagen, dass zwei Jahre lang keine EU-Förderung in unsere Region geflossen ist. Für die Städte und Gemeinden war das ein Fiasko, weil kaum noch jemand ohne Förderung überhaupt etwas investieren kann. Die Vorhaben lagen in den Schubladen, konnten nicht realisiert werden. Da auch Privatpersonen EU-Fördermittel beantragen können (beispielsweise für den Umbau von Gebäuden zu Wohnzwecken), lagen auch diese Vorhaben auf Eis.

In der **nebenstehenden Übersicht** sind die Städte und Gemeinden des Landkreises Mittelsachsen den jeweiligen anerkannten LEADER-Gebieten zugeordnet.

Dabei ist offensichtlich: Die Fördergebiete entsprechen **NICHT** irgendwelchen politischen, verwaltungsrechtlichen oder sonstigen bekannten Grenzen. Die Städte und Gemeinden unseres Landkreises finden sich in sechs verschiedenen Fördergebieten wieder. Mit dem „Sachsenkreuz +“ befindet sich nur ein Fördergebiet komplett im Gebiet des Landkreises Mittelsachsen. Die anderen fünf erstrecken sich über die Grenzen des Landkreises hinaus. Da die Landratsämter die zuständigen Behörden sind, bei denen die Projekte einzureichen sind, erfordert dies auch einen enormen Verwaltungsaufwand.

Jede LEADER-Region entscheidet selbst, welche Entwicklungsziele sie sich im Förderzeitraum setzt. Auch die Maßnahmen und Fördermittel um ihre Ziele zu erreichen, setzt jede Region selbst. Somit hat auch jedes LEADER-Gebiet seine eigene Förderrichtlinie. Die Strategien sind total unterschiedlich. Während das „Silberne Erzgebirge“ seine Ziele eher grob strukturiert und dort hohe Budgets einsetzt, so ist im „Sachsenkreuz +“ die Strategie, mit sehr eng definierten Zielen kleinere Budgets zu setzen. Dafür gibt es aber sehr viele Projektaufrufe. Auch

die Veröffentlichung der eingereichten bzw. bewilligten Maßnahmen kann unterschiedlicher nicht sein. Bei manchen kann jeder Bürger diese Dinge online einsehen. Andere Gebiete halten sich da bedeckt und haben interne Bereiche.

zum Antragsverfahren:

Das Antragsverfahren ist unheimlich kompliziert. Wenn man in den Genuss einer EU-Förderung kommen will, so muss man sich zum einen immer auf dem aktuellen Stand halten, zum anderen benötigt man auch eine gewisse „Ausdauer“, dem Antragsverfahren Stand zu halten.

- Informationen einholen, wann was wie gefördert wird
- Einreichen des Projektes beim zuständigen LEADER-Management
- Auswahl der Projekte durch die Gremien im Leader-Gebiet (fachliche und inhaltliche Prüfung – Beschluss zur Förderfähigkeit oder Ablehnung)
- Stellung des Fördermittelantrages beim Landratsamt
- Bewilligung bzw. Ablehnung durch das Landratsamt
- Umsetzung des Projektes
- Kontrolle und Auszahlung der Fördermittel

anerkannte LEADER-Gebiete	Sitz der lokalen Arbeitsgruppe	in das LEADER-Gebiet ingeglierte Städte und Gemeinden aus dem Landkreis Mittelsachsen
Erzgebirgsregion Flöha- und Zschopautal	Oederan/ OT Gahlenz	Frankenberg/Sa., Niederwiesa, Flöha, Oederan, Augustusburg, Leubsdorf, Eppendorf
Klosterbezirk Altzella	Roßwein/ OT Nieder- striegis	Roßwein, Rossau, Striegistal, Hainichen, Großschirma, Reinsberg, Halsbrücke
Land des roten Porphy	Rochlitz	Königsfeld, Zettlitz, Rochlitz, Seelitz, Erlau, Wechselburg, Penig, Lunzenau, Königshain-Wiederau, Mühlau, Burgstädt, Claußnitz, Taura, Hartmannsdorf
Lommatz- scher Pflege	Lommatzsch	Ostrau, Zschaitz-Ottewitz
Sachsen- Kreuz+	Waldheim	Leisnig, Großweitzschen, Hartha, Döbeln, Geringswalde, Waldheim, Kriebstein, Mittweida, Altmittweida, Lichtenau
Silbernes Erzgebirge	Pirna	Oberschöna, Freiberg, Bobritzsch-Hilbers- dorf, Brand-Erbisdorf, Weißenborn, Lich- tenberg, Großhartmannsdorf, Mulda, Frau- enstein, Dorfchemnitz, Sayda, Rechenberg-Bienenmühle, Neuhausen

Begriffserklärungen

Die beiden wichtigsten **Strukturfonds der Europäischen Union** sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (**EFRE oder EU-Regionalfonds**) sowie der Europäische Sozialfonds (**ESF**). Außerdem gibt es seit 2007 den unter seiner Kurzbezeichnung **ELER** aufgelegten Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums. Eine der vier Schwerpunkte (Achsen) von ELER ist seit dessen Errichtung das Programm **LEADER**, mit dem schon seit 1991 innovative Aktionen im ländlichen Raum gefördert werden.

Der Begriff Leader ist nicht vom englischen „Leadership“ (deutsch: „Führung“) abgeleitet, sondern eine Wortbildung aus dem Französischen: „Liaison entre actions de développement de l'économie rurale“, was soviel wie „Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“ bedeutet.

Seit 2007 ist das LEADER-Programm ein eigenständiger Schwerpunkt in der europäischen Regionalförderung. In der Förderperiode 2007-2013 wurde bereits nach veränderten Kriterien im Rahmen von integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten (**ILEK**) gearbeitet. Sie sollen als Handlungspläne Dorferneuerung, demografische Entwicklung, Infrastruktur, Regionalplanung, landwirtschaftliche Flächen, Naturräume und Tourismus erfassen. (Quelle: Wikipedia)

Die Erfahrung aus den vergangenen Monaten hat gezeigt, dass die EU-Förderung zu wenig bekannt ist. Das schwierige und langwierige Bewilligungsverfahren stößt sicherlich auch viele potentielle Antragsteller ab. Für uns als Kreistagsfraktion ist es auch schwierig, in jedem Fördergebiet tätig zu werden. Als ersten Schritt haben wir gemeinsam mit MdL Dr. Jana Pinka eine Veranstaltung in Freiberg abgehalten. Dort lag der Schwerpunkt auf der LEADER-Region „Silbernes Erzgebirge“. Sollte diese Veranstaltung ein voller Erfolg werden und weiterer Bedarf aus dem Landkreis an uns herangetragen werden, so wollen wir über eine weitere Veranstaltung in einem anderen LEADER-Gebiet nachdenken. (Nebenstehend ein Bericht über diese Veranstaltung, d.R.)

mit dem förderprogramm „leader“

durch die linke nachgefragt beim regionalmanagement „silbernes erzgebirge“

Zu einem öffentlichen Fachgespräch hatte die Linksfraktion im Sächsischen Landtag am 14. September KreisrätInnen, BürgermeisterInnen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger in das Freiburger Hotel „Regenbogenhaus“ eingeladen. Das Thema der Veranstaltung lautete :

Leaderregionen im Freistaat Sachsen – Mittelsachsen – Leaderregion Silbernes Erzgebirge.

Als kompetente Gesprächspartnerinnen standen MdL **Verena Meiwald**, Sprecherin für Fördermittelpolitik in der Fraktion DIE LINKE, **Bettina Bezold**, Regionalmanagerin des Regionalmanage-



ments (RM) „Silbernes“ Erzgebirge sowie MdL **Dr. Jana Pinka**, stellv. Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Rede und Antwort.

Verena Meiwald erläuterte zunächst die Situation in Sachsen, das in 30 LEADER-Gebiete unterteilt ist. In der Förderperiode 2014 - 2020 fließen insgesamt 426.803.000 Euro der ELER-Mittel in die LEADER-Regionen, davon erhält der Landkreis Mittelsachsen 102.540.000 Euro, wovon der Region „Silbernes Erzgebirge“ als größter der sechs mittelsächsischen LEADER-Gebiete 33.488.000 Euro zur Verfügung stehen. Allerdings hat das Sächsische Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) die Gelder noch nicht an die Landkreise ausgereicht. „Das ist im Moment das größte Problem für die Regionalmanagements, die ihre gesamte Arbeit über Trä-

gervereine vorfinanzieren müssen. Hier ist jetzt eine Grenze erreicht“, monierte Bettina Bezold. Verena Meiwald konnte beruhigen, denn sie wusste, dass das SMUL die Zahlung in den nächsten Tagen definitiv in Aussicht gestellt hat.

Die Grundidee des Europäischen Förderprogramms ist es, die regionalen und lokalen Akteure direkt entscheiden zu lassen, welche Projekte eine Förderung erhalten sollen. Deshalb hat auch jede Leaderregion eine eigene Entwicklungsstrategie (LES) aufgestellt, in der auf die Region bezogene Förderschwerpunkte festgeschrieben sind. Bettina Bezold erläuterte in ihrer Präsentation anhand der LES des RM „Silbernes Erzgebirge“ die dort festgelegten 7 Handlungsschwerpunkte sowie das umfangreiche Antragsverfahren. Die Erfahrungen der letzten Monate hätten allerdings gezeigt, dass die Entwicklungsstrategie nach dem 30. September bis etwa Februar 2017 in einigen Punkten Änderungen bedarf. Das bestätigte auch der anwesende Bürgermeister von Neuhausen, **Peter Hauste**in. Er ist zugleich eines der 21 Kontrollkommissionsmitglieder. So sollen die Bewertungsmatrixen, die sehr viel Dokumentationsarbeit und hohen Zeitaufwand verursachen, vereinfacht und gestrafft werden. Probleme, die Verena Meiwald und Jana Pinka mit in den Landtag nahmen, waren unter anderem, eine Lösung für die Vor- bzw. Zwischenauszahlung der Fördergelder zu finden, um auch Kleinunternehmen, jungen Familien und Vereinen sowie „armen“ Gemeinden, die die geforderte Vorfinanzierung nicht leisten können, die Förderung ihrer Projekte zu ermöglichen.

Es gibt also noch zahlreiche Hürden zu überwinden, dieses wichtige Programm zur Förderung der ländlichen Räume bestmöglich umzusetzen. Der Kreistag Mittelsachsen sollte ebenfalls sein Recht nutzen, und die Regionalmanagements regelmäßig auffordern, über ihre Arbeit zu berichten. Fraktionsvorsitzender **Gottfried Jubelt** wird das auf jeden Fall vorschlagen.

am zweiten sonntag im september – ehren, gedenken, mahnen

von Kerstin Ufer

Seit 2014 wird am zweiten Sonntag im September nach einem Beschluss des Sächsischen Landtages der „Sächsische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung“ begangen. Um diesen Menschen, aber auch den Millionen Opfern des faschistischen Terrors zu gedenken, hatten die Genossinnen und Genossen des Linken Stadtverbandes Rochlitz/Lunzenau MdL Dr. Jana Pinka eingeladen, im Lunzenauer Heinrich-Heine-Park am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus eine kleine Rede zu halten und gemeinsam Blumen niederzulegen. Der Rochlitzer Stadtverbandsvorsitzende Robert Sobolewski erinnerte zunächst an die vielen Millionen Opfer des nationalsozialistischen Terrors. Er mahnte zugleich, dass gerade in

dieser Zeit alles getan werden muss, um rechtspopulistischen, neofaschistischen und rassistischen Parteien, Gruppierungen und Parolen keine Plattform für ihre menschenverachtende Propaganda zu gewähren.

Dr. Jana Pinka erinnerte daran, dass Hitler-Deutschland vor 77 Jahren den 2. Weltkrieg entfachte, in dessen Folge etwa 14 bis 15 Millionen Deutsche aus Osteuropa sowie Millionen Polen und Russen vertrieben wurden. Sie machte aber vor allem auf das Thema Krieg, Flucht und Vertreibung aufmerksam, das gerade jetzt ernster denn je ist und angesichts weltweiter Kriege und Flüchtlingsströme eine hochaktuelle politische Aufmerksamkeit verdient. „An die Vergangenheit zu erinnern, erfordert auch die Bereitschaft, aus dem Geschehenen zu lernen. Und das heißt ein klares Nein zu Krieg und Rüstungsexporten. Immer und immer wieder.“



Gemeinsames Gedenken und Mahnen mit **Jana Pinka** und den Genossinnen und Genossen der Ortsverbände Rochlitz/Geringswalde und Lunzenau sowie weiteren Bürgerinnen und Bürgern. (Foto oben)
Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Faschismus fanden auch am erst kürzlich in Brand-Erbisdorf (unten links) sowie am Ehrenmal in Freiberg statt. In Brand-Erbisdorf nahm der Kreisvorsitzende der LINKEN, **Falk Neubert**, an der Veranstaltung teil.

aleksa 2030 - „sachsen – region(en) der zukunft“ – agieren, diskutieren, aktivieren

von unserem Redaktionsmitglied Kerstin Ufer

Bereits im Jahr 2004 entwarf die damalige PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag ein umfassendes alternatives Landesentwicklungsprogramm. Es beinhaltete Ideen, Konzepte und Lösungen für das Wohlergehen der Menschen und war ein direktes Angebot zum Dialog. Schwerpunktthemen waren damals die hohe Arbeitslosenquote von 10,5 %, der demografische Wandel und der Rückgang der Bevölkerungszahlen bei gleichzeitiger Überalterung der sächsischen Gesellschaft. Im Mittelpunkt standen zudem Probleme einer eher unsolidarischen Zivilgesellschaft und damit einhergehend der schwindende soziale Zusammenhalt sowie die EU-Osterweiterung.

Heute stehen wir vor ähnlichen, aber auch vor zahlreichen neuen Herausforderungen, die gravierende gesellschaftliche Veränderungen zur Folge haben werden: Neben steigendem Altersdurchschnitt und regionalem Bevölkerungsrückgang sind die Themen Asyl, Zuwanderung und Integration, die Entwicklung der ländlichen Räume sowie die unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten Sachsens in den Focus gerückt. Damit alle Sächsinen und Sachsen, egal, ob sie bereits eine lange Zeit hier leben oder gerade erst angekommen sind, ihre Heimat lebenswert finden, müssen ihnen neue Perspektiven und vor allem Antworten aufgezeigt werden. **Deshalb wurde auf dem Landesparteitag im September 2015 beschlossen, das Alternative Landes-Entwicklungs-Konzept für den Freistaat Sachsen 2030 als mögliches Fundament für weitere Konzepte und Programme in mehreren Schritten bis 2019 zu entwickeln.** Verantwortlich dafür ist eine sechsköpfige „Steuerungsgruppe Landesentwicklung“, die auf Beschluss der Fraktionsversammlung im Dezember 2015 gegründet wurde. MdL **Dr. Jana Pinka** aus Freiberg, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, wurde die Leitung dieser Arbeitsgruppe übertragen. Zum Team gehören weiterhin der Fraktionsvorsitzende **Rico Gebhardt**, MdL **Enrico Stange**, Sprecher für Landesentwicklung, die externen Mitglieder **Antje Feiks** und **Stefan Hartmann** sowie

die AG-Sekretärin **Marika Tändler-Walenta**, ebenfalls aus Mittelsachsen.

Aleksa 2030 soll bis 2019 in mehreren Arbeitsphasen unter Beteiligung der breiten Öffentlichkeit und mithilfe externer Fachleute entwickelt werden. Ziel ist es, am Ende der Legislaturperiode 2019 eine moderne, anregende und verständliche Publikation, mit konkreten politischen Handlungsschwerpunkten, regionalen Anforderungen und linken Politikforderungen für Sachsen bis zum Jahr 2030 vorzulegen und zu evaluieren.



tionen der Menschen in Sachsen. Sie diskutieren öffentlich auf Straßen und Plätzen mit den Bürgerinnen und Bürgern, in Fachgesprächen mit den BürgermeisterInnen, KommunalpolitikerInnen, UnternehmerInnen, GewerkschaftsvertreterInnen, sowie in Unternehmen, Landwirtschaftsbetrieben, Institutionen und Vereinen, wie das gemeinsame Leben in Zukunft gestaltet werden soll, welche Anforderungen an die Entwicklung einer lebenswerten Region mit Perspektive gestellt werden und wie sich die Menschen



Die Regional-Tour machte nach Flöha und Mittweida am 22. Juni auch in Döbeln Station. Im Straßencafé, mit einem interaktiven Spiel für Jung und Alt, einer Hüpfburg und weiteren Überraschungen kam man mit Bürgerinnen und Bürgern auf dem Marktplatz schnell ins Gespräch.

Foto: Landtagsfraktion

Regionaltouren

Bereits seit der Auftaktveranstaltung mit Rico Gebhardt und Jana Pinka am 4. Mai in Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Sayda und Neuhausen touren Landtags- und Bundestagsabgeordnete der LINKEN unter dem Motto „Hier leben, hier bleiben. Regionen der Zukunft“ noch bis Ende Oktober 2016 durch die ländlichen Räume des Freistaates. Fehlende regionale Wirtschaftskreisläufe, lückenhafte Gesundheitsversorgung, ausgedünnter öffentlicher Nahverkehr und intensive Sicherheitsdebatten sind Schwerpunktthemen, die die Attraktivität der sächsischen Regionen fernab von Chemnitz, Dresden und Leipzig infrage stellen. Die Abgeordneten informieren sich bei ihren Besuchen in den Mittel- und Grundzentren persönlich über die gegenwärtigen Lebenssitua-

dabei selbst einbringen möchten. Im Juni fand die 2. Mittelsachsen-Tour statt. Stationen waren Mittweida, Flöha und Döbeln. Weitere Landtagsabgeordnete wie Jana Pinka, Rico Gebhardt und Susanne Schaper nutzten außerdem ihre Sommertouren, um mittelsächsische Unternehmen zu besuchen. So konnten vor Ort umfassende Gespräche geführt und daraus wertvolle Anregungen, Vorschläge, Ideen und Handlungsempfehlungen mitgenommen werden.

Information und Einbeziehung der Ortsverbände der LINKEN

Als weiteren Schritt entwickelte die Steuerungsgruppe ein Konzept für Vor-Ort-Veranstaltungen in den LINKEN-Ortsverbänden. Dabei werden

die Genossinnen und Genossen zum einen über das Konzept, die bisherige Regionaltour sowie über die laufenden Planungen von Aleksa 2030 informiert. Zum anderen möchten sich die Mitglieder der Steuerungsgruppe die Erfahrungen und das „Parteiwissen“ zunutze machen und versuchen herauszufinden, welche Themen in den Regionen besonders dringend aktuell bzw. zukünftig diskutiert werden müssen. So soll sichergestellt werden, dass die Parteibasis direkt in die Konzeptentwicklung eingebunden wird, Vorschläge unterbreiten kann und das neue Konzept Aleksa 2030 eine breite Akzeptanz findet. Im Ergebnis dieser Veranstaltungen wird dann analysiert, ob sich innerhalb der Regionen und innerhalb Sachsens Unterschiede der Problemlagen auch in den Aussagen der GenossInnen manifestieren.

Die Veranstaltung für die Genossinnen und Genossen der LINKEN-Ortsverbände Freiberg, Brand-Erbisdorf und Flöha findet am 10. Oktober um 18 Uhr im Mehrzweckraum des Einkaufsparks „Zur Stanze“ in Oederan, Chemnitzer Str. 39 statt. Um eine zahlreiche Teilnahme wird gebeten.

Wie geht es weiter?

In den weiteren Arbeitsphasen werden die gewonnenen Erkenntnisse und Anforderungen präzisiert, um bis Mitte 2017 ein Leitbild zu bestimmen, zu dem auch ExpertInnen Stellung nehmen.

Danach wird der Konzeptentwurf innerhalb der Fraktion besprochen und unter Einbeziehung der Kommunalvertretungen und Kreisfraktionen in landesweiten Arbeitsgemeinschaften, Vereinen und Verbänden sowie in einer öffentlichen Debatte in Form von Konferenzen und Fachgesprächen erörtert. Mitte 2018 soll dann das finale Konzept in einer Präsentation vorgestellt und in konkrete politische Handlungsschwerpunkte, Anforderungen und Politikforderungen für Sachsen ab dem Jahr 2019 überführt werden.

Am Ende wird sich die Steuerungsgruppe Zeit nehmen, die Erfahrungen aus diesem Projekt noch einmal kritisch zu reflektieren.

themen des tages - gleichwertiges leben für alle und die flüchtlingsproblematik

Im Oktober ist ein weiteres Vernetzungstreffen der mittelsächsischen Linksjugend geplant. Dort soll auch entschieden werden, wie man sich ab November in den „LinksWorten“ einbringt, mit einer „Jugendseite“ oder einer selbst organisierten monatlichen Beilage. Managen wird das unser Redaktionsmitglied Reik Kneisel aus Freiberg.

Heute startet die „junge linke“ mit zwei zur Diskussion auffordernden Beiträgen von **Sophie Helbig** und **Reik Kneisel**.



Sophie Helbig ist eine 26-jährige junge Sozialpädagogin, angehende Lerntherapeutin und Fachpädagogin für Psychotraumatologie im Beruf aus Freiberg. Nach eigenen Worten ist sie aus tiefstem Herzen Antifaschistin und stetig gerechtigkeitsorientiert.

Seit letztem Jahr bin ich in der linksjugend in Freiberg aktiv und sachkundige Einwohnerin im Bildungs- und Sozialausschuss der Stadt. Zu Beginn dieses Jahres bin ich der LINKEN beigetreten. Mein Wunsch ist es, Menschen dazu zu bewegen, ausgrenzende Mechanismen wahrzunehmen, zu reflektieren und diese im Ergebnis zu minimieren oder gar zu überwinden sowie präventiv zu agieren. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse veranlassen mich dazu, neben der Arbeit in ehrenamtlichen Gruppen kommunalpolitisch einen noch stärkeren Einblick zu gewinnen und im politischen Handeln aktiver zu werden. Einen Parteieintritt lehnte ich lange Zeit ab, doch sah ich für mich nun eine hohe Chance darin, in eine organisierte und etablierte Gruppe zu kommen, welche bereits differenzierte Erfahrungen teilt und man sich selbst daran auch entwickeln kann. Meine Überzeugungen finden

sich in sehr hohem Maße im politischen Programm der LINKEN wieder, sodass ich viele Chancen sehe, diese Punkte wieder verstärkt aufzugreifen und mit ihnen zu arbeiten, um für ein gutes Leben einzustehen.

Die Opposition der Opposition oder „Wer kämpft noch um ein gutes Leben?“

„Her mit dem schönen Leben“ ist ein Slogan, den viele linke Gruppen verwenden. Dabei scheint es, dass dieser sehr individuell interpretiert werden kann. Dennoch gibt es die Möglichkeit, die Phrase um ein schönes Leben greifbarer zu gestalten. Der Capability Approach ist ein seit Jahren zunehmend international diskutierter Ansatz, da er bei der Fokussierung eines guten Lebens nicht nur an materiellen Verteilungsaspekten orientiert ist, sondern auch Gleichheit bei ökonomischen und gesellschaftlichen Partizipations- und Verwirklichungschancen fordert und das Ziel der sozialen Gerechtigkeit verfolgt (Deutsche Bundesregierung). Basis des Capability-Ansatzes ist die aristotelische Konzeption, deren grundlegender Gedanke es ist, eine Theorie zur allgemeinen guten Lebensführung zu entwickeln, die gleichzeitig als Basis staatlicher Aufgaben dient. Nicht die Mehrheit der Gesellschaft, sondern jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, gut leben zu können (Nussbaum). Um eine soziale Veränderung vorantreiben zu können, werden innerhalb aristotelischer Überlegungen bestehende Hindernisse, die der vollen Entfaltung der Fähigkeiten im Wege stehen, in den Blick genommen. Nach Aristoteles sind besonders Erziehung, politische Partizipation und das Nichtvorhandensein entwürdigender Arbeitsbedingungen zur Erfüllung eines guten Lebens notwendig. In gängigen Interpretationen aristotelischer Jugendtheorie zielt das gute Leben auf die Erfüllung wesentlicher Anlagen und Fähigkeiten und nicht wie der Capability Approach auf die individuelle Selbstverwirklichung ab (Otto, Ziegler).

Doch wer orientiert sich in der politischen Arbeit noch an dem grundlegenden Wunsch des guten Lebens, wer arbeitet systematisch dafür, dass jeder Mensch aufgrund differenzierter Bedingungen die Chance hat, sich zu verwirklichen? Der Ansatz fordert im alltäglichen Sein starke Kritik an Kapital und Gesellschaft, bestehenden Verhältnissen und Entwicklungen. Das Programm der LINKEN beschäftigt sich genau mit diesen Themen und for-

dert im Kern ebenfalls ein gutes Leben für alle. Doch handeln Parteimitglieder danach? Besinnt man sich in seiner Arbeit und in diversen Entscheidungen immer wieder auf diesen Kern?

Ist es in meinem Verständnis eine Vision der LINKEN, widerspricht sich dieser Gedanke dennoch mit öffentlichen sowie internen Diskussion. Während für viele linksjugend-Gruppen Humanismus, Linksradikalismus und Antifaschismus Normalität und Notwendigkeit bedeuten, um für alle ein gleichwertiges Leben anzustreben, sind zumindest die beiden letzteren Wörter in ihrem Inhalt gesellschaftlich überwiegend als negative Zuschreibungen gedacht. Scheint es für uns abstrus, dass man mit diesen Wörtern kritisiert wird, kommt dies jedoch auch innerhalb der Parteiarbeit der LINKEN vor. Auch Diskussionen und öffentlich getätigte Aussagen einiger LINKEN deuten immer wieder auf ein Spannungsfeld hin. Gelegentlich fragt man sich, ob die Jugendorganisationen eine Opposition der Opposition darstellen, ob man allein an den wirklich wichtigen Programmpunkten Orientierung findet. Arbeiten wir alle für und an einem guten Leben oder stehen uns manchmal andere Interessen oder Hemmnisse im Weg?

Vom guten Leben und einem fragwürdigen Statement

von Reik Kneisel

Ob wir an einem guten Leben arbeiten, sollten wir uns wirklich öfter fragen. Denn ist es nicht das gute Leben, wofür wir einstehen und kämpfen? Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir nicht mehr kämpfen, sondern nur noch sitzen und schauen, was uns als nächstes erwartet. Dabei ist der Kampf doch der wichtigste Bestandteil unserer politischen Arbeit! Wollen wir etwas verändern, müssen wir zu unseren Waffen greifen: Bücher, politische Lehren und Theorien, sozialistische Ideen! Doch das alles ging auf der Strecke verloren, irgendwo zwischen Alltag und Leben haben wir diese Dinge abgelegt. Deshalb winken wir jetzt nur noch auf und ab.

Wir als Jugendorganisation sind eine feste Größe im politischen Alltag und haben deshalb

ein Anrecht darauf, Ansprüche zu stellen. Für die Elite mag das bitter sein und furchtbar klingen, jedoch ist das einfach der Lauf der Zeit.

So geht es aber bei manch einer Diskussion drunter und drüber. Erinnerung man doch nur an die Debatte über Sahra Wagenknecht. Ja, auch wir haben eine Meinung dazu und dürfen diese offen äußern. Nein, wir müssen uns nicht gefallen lassen, uns wegen unserem Standpunkt als Linksextremisten und Radikale beschimpfen zu lassen, noch dazu sehen wir solche Begrifflichkeiten ohnehin nicht als Beleidigungen an. Dennoch muss man ganz offen klarstellen, dass wir sagen dürfen, wenn uns etwas nicht gefällt. Eine unserer Aufgaben ist es, dem starren Parteiapparat auf die Füße zu klopfen und darauf aufmerksam zu machen, dass der Kampf noch lange nicht zu Ende gekämpft ist. Es fühlt sich aber sehr oft so an, als ob er das wäre, wenn man in Gremien beisammensitzt und über den politischen Prozess redet, den man irgendwie versucht, gemeinsam zu bestreiten.

Aber um zurück zu Sahra zu kommen, sind wir Jugendliche uns einig: sie fischt ganz tief in braunen Sümpfen und will die Wähler der AfD entlocken. Wer das Problem jetzt auf Flüchtlinge und Asylsuchende projiziert, der hat den Sinn unserer Programmatik nicht verstanden. Und wer dieses fragwürdige Statement von Frau Wagenknecht blind unterstützt, ohne es kritisch zu hinterfragen, tritt genau in diese Spur: Werben um Wähler, die längst verloren sind.

Aber es verwundert nicht mehr, wie weit die Partei auch vor Ort schon nach rechts gewandert ist, wenn man inzwischen sogar hört, wie Mitglieder erzählen, dass wir nicht alle oder gar die ganze Welt aufnehmen könnten. Über Obergrenzen wird nicht diskutiert, aber man will trotzdem, dass irgendwo Schluss ist? Dann sollte man aber auch zu Ende denken: wo führt es hin, wenn wir jetzt sagen würden, wir lassen niemanden mehr über die imaginäre Grenze Deutschlands?

Im Umkehrschluss sollten wir lieber endlich wieder radikaler an die Sache herangehen und unsere Gedanken auf revolutionärem Boden bündeln, um endlich dem System wieder den Kampf anzusagen und nicht versuchen zu wollen, dem raffgierigem kapitalistischen Geist mit Reformen entgegen zu wirken! Denn ein Sturz dieses Parasiten würde uns das bringen, was wir uns ersehnen: ein gutes Leben für alle Menschen auf der Erde!

die linke und der demokratische sozialismus

von achim grunke

Als auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16. Dezember 1989, wo **Prof. Dr. Michael Schumann** sein historisch gewordenen Referat „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“ hielt, stand damals auch ein neuer Name für die Partei zur Diskussion. Nachdem beim am 9. Dezember 1989 gewählten Vorstand mehrere Vorschläge für einen neuen Parteinamen eingegangen waren, schlug **Gregor Gysi** vor, zunächst den Namen „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) durch den Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) zu ergänzen. Bis zum 4. Februar stand für die Partei übergangsweise das Kürzel SED/PDS und danach hieß die Partei nur noch „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS).

Mit dem neuen Parteinamen sollte eine inhaltliche Distanzierung zum bisherigen bürokratisch-zentralistischen Sozialismus und dem leninistischen Modell der „Partei neuen Typs“ vollzogen werden, sollte der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus markiert werden. Mit dem auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990 beschlossenen Parteiprogramm und -statut wurden die Konturen des neuen Charakters der Partei präziser bestimmt. Der Demokratische Sozialismus war fortan die programmatische Leitidee der Partei, die dann später auch von der Partei DIE LINKE übernommen wurde und im Erfurter Programm von 2011 einen zentralen Platz hat.

Ein Blick in die Geschichte zeigt aber, dass der Begriff Demokratischer Sozialismus keine Erfindung der PDS oder der LINKEN war.

Demokratie und Sozialismus

Für die Sozialdemokratie im deutschen Kaiserreich stand unmissverständlich fest, dass Demokratie und Sozialismus zusammengehören. Demokratie plus Sozialismus standen für sie als Anti-Programm zum Kapitalismus mit den bestehenden feudal-autokratischen Strukturen in Deutschland.

Wilhelm Liebknecht, einer der Gründerväter und prominentesten

Führer der Sozialdemokratischen Partei, erklärte bereits 1869 dazu: „Sozialismus und Demokratie sind nicht dasselbe, aber sie sind nur ein verschiedener Ausdruck desselben Grundgedankens; sie gehören zueinander, ergänzen einander, können nie miteinander in Widerspruch stehen... Der demokratische Staat ist die einzig mögliche Form der sozialistisch organisierten Gesellschaft.“

Und **Rosa Luxemburg**, die in der Oktoberrevolution von 1917 in Russland grundsätzlich etwas Positives sah, kritisierte gleichzeitig die antidemokratischen Praktiken der Sowjetmacht. In ihren Notizen „Zur russischen Revolution“, wo auch die vielzitierte Passage von der Freiheit der Andersdenkenden zu finden ist, kann sie sich Sozialismus ohne Demokratie nicht vorstellen und schreibt dazu:

„Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen... Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt... Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürrig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt.“

Während es zum Verhältnis von Demokratie und Sozialismus verschiedene Äußerungen gab, wurde der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ aber erst nach dem I. Weltkrieg gebräuchlich.

Demokratischer Sozialismus als Antibe-griff

Erst nach dem Scheitern der II. Internationale mit Ausbruch des I. Weltkrieges 1914 und der darauf folgenden Spaltung der Arbeiterbewegung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Richtung nach 1919 wird der Begriff

„Demokratischer Sozialismus“ erstmals 1920 im Manifest der Genfer Konferenz zur Vorbereitung der Gründung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale – einer Nachfolgeorganisation der II. Internationale – genannt. Dort hieß es, die Internationale werde den Kampf „für die Weltanschauung des demokratischen Sozialismus gegen die Sklaverei des Kapitalismus auf der einen, die tyrannische Diktatur des Bolschewismus auf der anderen Seite“ führen.

In Dokumenten und Programmen der SPD tauchte der Begriff Demokratischer Sozialismus bereits in den 20er Jahren vor allem als Distanzierungsbegriff zum nichtdemokratischen Sozialismus sowjetischer Prägung auf, spielte aber in der praktischen Politik noch keine große Rolle.

Der nach dem II. Weltkrieg beginnende Kalte Krieg führte auch zur Verhärtung der Blöcke der Arbeiterbewegung. Und so stellte die Sozialistische Internationale 1951 in ihrer Erklärung „Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus“ fest:

„Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Traditionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Der Kommunismus ist zu einem Dogmatismus erstarrt, der in unvereinbarem Gegensatz zum kritischen Geist des Marxismus steht... Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keineswegs eine starre Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders begründeter sozialer Analysen oder aus religiösen oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens.“

Dieser Begründung folgte auch das Godesberger Programm der SPD von 1959. Während das Godesberger Programm noch mit antikommunistischer Attitüde den Demokratischen Sozialismus begründete, spielte das im Berliner Grundsatzprogramm der SPD von

1989 unter dem Kommissionsvorsitz von Oskar Lafontaine keine Rolle mehr. Dieses Programm entstand vor dem Hintergrund des technologischen Strukturwandels und der globalen Herausforderungen sowie dem seit Anfang der 80er Jahre geführten Dialog mit der SED. Auch die SED hatte mit Beginn des Dialogs geistig abgerüstet. Die Polemik gegen den „Demokratischen Sozialismus“, bis dahin als Unwort immer in Anführungszeichen geschrieben, wurde eingestellt.

Reformbewegungen und Epochenbruch 1989

Seit den 60er Jahren bis zum Epochenbruch von 1989 wurde der Begriff des Demokratischen Sozialismus von anderen politischen Akteuren und Bewegungen außerhalb der Sozialdemokratie aufgegriffen. Dazu gehörten insbesondere 1968 die Reformkommunisten der CSSR unter **Alexander Dubcek**.

Als sich im März 1977 die drei Parteiführer **Enrico Berlinguer** (Ital. KP), **Georges Marchais** (Franz. KP) und **Santiago Carrillo** (Span. KP) sich in Madrid trafen und den heftig umstrittenen „Eurokommunismus“ aus der Taufe hoben, sprachen sie in ihrer kurzen Erklärung davon, dass es Ziel ihrer Parteien sei, „den Sozialismus in Demokratie und Freiheit zu errichten“ und den Begriff „Demokratischer Sozialismus“ nun „marxistisch“ zu prägen, zu konkretisieren und von nun an gemeinsam zu verbreiten.

1989 standen die marxistisch-leninistischen Parteien in den Ländern des Realsozialismus vor einem Scherbenhaufen. Kritische Geister in ihren Reihen suchten nach einem Weg, die sozialistische Idee von ihren stalinistischen Verzerrungen zu befreien und wählten den Begriff des Demokratischen Sozialismus zur Abgrenzung vom System des Stalinismus. Andere wiederum wählten diesen Begriff, um schlichtweg an der Macht bleiben zu wollen.

Heute berufen sich in Deutschland zwei Parteien in ihrer Programmatik auf den Demokratischen Sozialismus: die SPD und DIE LINKE.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand führte am 22. August eine gemeinsame Beratung mit dem Kreisvorstand Zwickau durch. Dabei ging es vor allem um einen gemeinsamen Standpunkt zu einem bis zum nächsten Landesparteitag Ende April 2017 zu erarbeitenden neuen Finanzkonzept des sächsischen Landesverbandes der LINKEN. Im Mittelpunkt dabei: Wie kann bei begrenztem Finanzrahmen und immer älter werdender Mitgliedschaft die politische Handlungsfähigkeit im Landesverband, beispielsweise auch bei künftigen Wahlen, gesichert werden.

Die turnusmäßige Beratung des Kreisvorstands fand am 29. August in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg statt. Dabei wurden folgende Schwerpunkte beraten:

- **Zur Arbeit der Kreistagsfraktion der LINKEN im Jahr 2016.** Dazu berichtete der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt.
- **Zur Vorbereitung der Bundestagswahlen im kommenden Jahr.** In diesem Zusammenhang wurde im Kreisverband Mittelsachsen ein Wahlstab unter dem Vorsitz von **Lars 04.0Kleba** gebildet, der seine planmäßige Arbeit im Januar 2017 aufnehmen wird. Der Kreisvorstand nahm die Zeitschiene zur Kenntnis, welche der Bundes- bzw. Landesvorstand der LINKEN für die Wahlkampfplanung im Jahr 2017 beschlossen haben. Der Kreisvorsitzende **Falk Neubert** erklärte vor dem Kreisvorstand, sich in unserem Bundestagswahlkreis als Direktkandidat zu bewerben. Das wurde einstimmig bestätigt. Die entsprechende Kreiswahlversammlung findet - vorbehaltlich des Beschlusses des Landesvorstands am 16. September - am 3. Dezember statt. Die Kreiswahlversammlung für die Wahl von **Jörn Wunderlich** als Direktkandidat seines Bundestagswahlkreises, zu dem aus dem Landkreis Mittelsachsen u.a. Burgstädt, Lichtenau, Lunzenau, Penig und Rochlitz gehören, ist für den 14. Januar 2015 vorgesehen.
- **Zur Feststellung von Austritten aus der LINKEN.** Der Kreisvorstand stellte Austritte von 4 ehemaligen Mitgliedern fest, die mehr als 6 Monate keinen Mitgliedsbeitrag entrichtet haben und auch nach einer Anmahnung zur Begleichung der Beitragsrückstände nicht reagierten. Weitere 12 ähnlich gelagerte Fälle befinden sich noch in der Klärung.
- **Zur Finanzlage des Kreisverbandes.** Der Schatzmeister informierte, dass durch eine beachtliche Steigerung der Beitragseinnahmen und eine solide Ausgabendisziplin der Kreisverband bereits per Ende August 2016 die notwendigen Rücklagen für die Bundestagswahl 2017 gebildet hat.
- **Zu Terminen.** Der Kreisvorstand nahm wichtige Termine für die Monate September und Oktober zur Kenntnis. (siehe dazu unsere Terminübersicht auf Seite -12-)

unsere jubilare

all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !



im monat oktober 2016 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Sonnja Zimmer	geb. am 03.10.1925,	in	Hainichen
Heinz Uhlemann	geb. am 08.10.1930,	in	Brand-Erbisdorf
Karla Börner	geb. am 09.10.1925,	in	Freiberg
Gertrud Paa	geb. am 13.10.1927,	in	Rochlitz
Renate Frost	geb. am 13.10.1932,	in	Halsbrücke
Dieter Lauterbach	geb. am 14.10.1935,	in	Flöha
Günther Zinke	geb. am 17.10.1929,	in	Mittweida
Bodo Kürschner	geb. am 18.10.1925,	in	Hainichen
Inge Kattner	geb. am 18.10.1930,	in	Frankenberg/Sa.
Ursula Unger	geb. am 19.10.1925,	in	Brand-Erbisdorf
Inge Kühne	geb. am 20.10.1926,	in	Döbeln
Ehrenfried Dietel	geb. am 21.10.1929,	in	Döbeln
Siegfried Uhlig	geb. am 24.10.1929,	in	Oederan
Hanna Lindner	geb. am 26.10.1926,	in	Roßwein

jahrestage im oktober 2016

- 04.10. 1816:** Eugène Pottier (Texter der Internationale) in Paris geboren.
- 14.-20.10. 1891:** Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Erfurt nimmt das Erfurter Programm an, dessen Orientierungen und Forderungen in der Folgezeit von anderen europäischen Arbeiterparteien übernommen werden.
- 01.10. 1946:** Urteilsverkündung im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess.
- 23.10. 1956:** Beginn des bewaffneten Volksaufstandes in Ungarn gegen das stalinistische Regime. Der von den ungarischen Aufständigen als Ministerpräsident eingesetzte Reformkommunist Imre Nagy verkündete die Abschaffung des Einparteien-Systems und den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt sowie die Neutralität des Landes. Der Aufstand wird von sowjetischen Truppen am 4. November beendet.
- 27.10. 1956:** Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zur Regelung der Saarfrage. Die offizielle Eingliederung in die Bundesrepublik wird für den 1.1. 1957 und die wirtschaftliche Eingliederung für den 1.1. 1960 festgelegt.
- 29.10. 1956:** Israelische, britische und französische Streitkräfte greifen Ägypten an und besetzen innerhalb kürzester Zeit die gesamte

- Sinai-Halbinsel. Sie intervenieren damit gegen die Verstaatlichung des Suez-Kanals. Auf Druck der USA und der UdSSR wird der Konflikt im November beigelegt.
- 19.10. 1991:** Konferenz der PDS zum Thema „Die Sicherheitspolitik der DDR, die Verantwortung der SED und die Rolle des MfS in Kleinmachnow bei Berlin.“
- 07.10. 2001:** Die USA beginnen mit britischer Unterstützung Luftangriffe auf Afghanistan.
- 23.10. 2011:** DIE LINKE beschließt in Erfurt ihr neues Parteiprogramm.

nachdenken(s) - wert(es)

Im Leben gibt es immer wieder Situationen, in denen es uns an Mut zur Feigheit gebricht.

Reinhard Lochner

Nichts tut der Seele besser, als jemandem seine Traurigkeit abzunehmen.

Paul Verlaine

Wer über das Ziel hinausschießt, hat es nicht erreicht.

Konfuzius

terminübersicht

september 2016

- 17.09. 12 Uhr Großdemo gegen TTIP und CETA, für einen gerechten Welt-handel
Leipzig, Wilhelm-Leuschner-Platz
- 22.09. 18 Uhr Beratung der Orts- und Basisgruppenvorsitzenden
Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“
- 26.09. 14 Uhr Redaktionsberatung der LinksWorte
Freiberg, Bürgerbüro Domgasse 7
- 26.09. 19 Uhr Sitzung des Kreisvorstands
Döbeln, Bürgerbüro Bahnhofstraße 1

oktober 2016

- 10.10. 18 Uhr Gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsverbände
Brand-Erbisdorf, Freiberg und Flöha zu Aleksa 2030
Oederan, Einkaufspark „zur Stanze“ Chemnitzer Str. 39
- 11.10. 19 Uhr Bodo Ramelow als Gast der „Peniger Gespräche“
Kultur- und Schützenhaus Penig, Zinnberger Straße
(Vor Anmeldung unter 037381-95911 erbeten)
- 26.10. 18 Uhr Veranstaltung zum Thema „Voraussetzungen für eine gelin-
gende Integration von Flüchtlingen“
Frankenberg, Veranstaltungszentrum Stadtpark, Hammerstr.3



Unter dem Titel - Angst vor einer „Islamisierung Europas“ - trafen sich am Montag, dem 12. September im Brauhaus Freiberg ca. 30 Interessierte, um an der Informationsveranstaltung zum Islam in Europa teilzunehmen. Sie waren der Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Falk Neuberts gefolgt. Nach einer kurzen Begrüßung erläuterte der Religionswissenschaftler Florian Illerhaus in seinem Referat die zentralen Begriffe des Islam aus der Perspektive der Wissenschaft. Dabei wurde deutlich dass viele dieser Begriffe in der medialen Verwendung nur sehr verkürzt verwendet werden. Ein Beispiel bei dem das sehr deutlich wurde, war die Verwendung des Wortes „Jihad“, in Deutschland meist als Synonym für Selbstmordanschläge und Terror wahrgenommen, bedeutet

es in der muslimischen Welt etwas anderes. So wird in kleiner und großer Jihad unterschieden, der Kleine steht dabei für die Verteidigung des Heimatlandes und der Große für den Kampf gegen den eigenen inneren Schweinehund. Nach dem sehr spannenden und tiefgründigen Vortrag stellte sich ein Vertreter der muslimischen Gemeinde Freiberg vor. Herr Abustein sprach in einem kurzen Redebeitrag über die Muslime und deren Leben in Freiberg. Anschließend folgte eine angeregte Diskussion moderiert von Falk Neubert. Die eingeladenen Referenten beantworteten mit viel Geduld und Expertise die Fragen der Gäste. Missverständnisse und Vorurteile aus dem Weg geräumt werden. Ein wirklich gelungener Abend.

Eberhard Klapper 1931-2016



Unser Freund und Genosse Eberhard Klapper hat am 29.8.2016 nach kurzer schwerer Krankheit seine Augen für immer geschlossen. In Freiberg geboren und in Nassau aufgewachsen, hat Eberhard sein Berufsleben als Stuhlbauer in Rechenberg verbracht und dort seinen Hausstand gegründet. Seiner großen Familie gehörte bis in die letzten Tage seine stete Sorge und Hilfsbereitschaft.

1969 wurde er Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei und war bald mit Parteifunktionen im Betrieb und im Ort betraut. Eberhard Klapper gehörte zu jenem Typus von Arbeitern, der sich, in der besten Tradition der deutschen Arbeiterbewegung stehend, immer wieder mit aktuellen Fragen und neuen theoretischen Erkenntnissen befasst. So erarbeitete er sich immer wieder ein eigenes Urteil. Er genoss das Vertrauen seiner Kolleginnen und Kollegen und vieler Mitbürger. Seit 1990 bis zu seinem Tod war er Vorsitzender der Basisgruppe Rechenberg-Bienenmühle. Sein Vermächtnis werden wir in unserer politischen Arbeit weitertragen.

Reinhard Kluge

Gerhard Imhof 1926-2016



Am 28. August 2016 ist unser Genosse Gerhard Imhof im Alter von 90 Jahren verstorben. Gerhard Imhof war von 1972 bis 1988 Bürgermeister der Stadt Mittweida. Von 1946 bis 1988 war Gerhard ohne Unterbrechung gewählter Abgeordneter in seinen Wohnorten bzw. im Kreistag. Viele ehrenamtliche Tätigkeiten führte er aus. Er arbeitete maßgeblich in der Ge-

schichtskommission des Kreises Hainichen mit und ab 1989 war er stellvertretender Leiter im Standesamt Mittweida. Ab 1991 war er für etwa 10 Jahre Vorsitzender im Kleingärtnerverein e.V. am Schützenplatz in Mittweida.

Er reißt eine große Lücke in unsere Partei und wird uns fehlen.

Wir werden sein Andenken stets bewahren.

DIE LINKE Stadtverband Mittweida